

Inhaltsverzeichnis

Erster Abschnitt: Das Börsentermingeschäft im Überblick

§ 1 <i>Einführung und Problemstellung</i>	13
I. Das Börsentermingeschäft zwischen Kapitalanlage und Spekulation	13
II. Die Schwierigkeit einer Definition des Börsentermingeschäftes	15
III. Die Informationspflichten bei Börsentermingeschäften	18
IV. Gang der Darstellung	19
§ 2 <i>Geschäftsformen und rechtliche Regelung</i>	20
I. Der Terminhandel in Deutschland	20
1. Das Festgeschäft	20
2. Das Optionsgeschäft	22
3. Innovationen	23
II. Das Börsentermingeschäft und das Börsengesetz	23
1. Grundzüge der rechtlichen Regelungen bis zur letzten Reform	23
2. Entwicklung des Börsenterminhandels	25
3. Grundzüge der Neuregelung	26

Zweiter Abschnitt: Anwendungsbereich des Informationsmodelles

§ 3 <i>Der Begriff des Börsentermingeschäftes</i>	27
I. Der Begriff des Börsentermingeschäftes in seiner bisherigen Entwicklung	28
1. Die Definition des Börsengesetzes von 1896	28
2. Die Begriffsdefinition in Literatur und Rechtsprechung	28
3. Das Verhältnis zwischen Termin- und Differenzeinwand	30
4. Gesetzesneufassung	32
II. Wirtschaftlicher Zweck als Grundlage der Begriffsfindung	33
1. Einfluß des wirtschaftlichen Zweckes	33
2. Der wirtschaftliche Zweck eines Börsentermingeschäftes	35
3. Gesamtbetrachtung bei wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit	37
4. Die Merkmale eines Börsentermingeschäftes unter Berücksichtigung des wirtschaftlichen Zweckes	38

III. Überprüfung anhand des gesetzlichen Schutzzweckes	41
1. Notwendigkeit einer Orientierung am Schutzzweck	41
2. Schutzzweckermittlung	42
a) Gefahren für die Marktverhältnisse	42
b) Gefahren für den Anleger	43
aa) Spielverlockung	44
bb) Fehlender eigener Kapitaleinsatz	45
cc) Fester Endpunkt des Engagements?	45
dd) Ungewisse Verpflichtung oder schwer überschaubares Risiko?	46
c) Ergebnis	48
3. Folgerungen aus dem gesetzlichen Schutzzweck	49
IV. Ergebnis	50
§ 4 Einzelne Geschäftsarten	50
I. Short Sales	50
II. Wertpapierleihe	51
III. Aktienkauf auf Kredit	52
IV. Optionsscheingeschäfte	53
1. Die Verbriefung von Optionen	53
2. Handel mit dem isolierten Optionsschein	55
a) Merkmale eines Börsentermingeschäftes	55
b) Die Unbeachtlichkeit der Argumente gegen die Einordnung als Börsentermingeschäft	57
3. Handel mit Optionsanleihen	61
V. Sekundärgeschäfte in Bezugsrechten	62
VI. Swapgeschäfte	62
1. Zinsswaps	62
2. Währungsswaps	64
VII. Zinscaps	66
§ 5 Personeller und örtlicher Anwendungsbereich	66
I. Ausgenommene Personengruppen	67
1. Kaufleute	67
2. Fachkundige Personen	68
a) Die Mißverständlichkeit der verwendeten Begriffe	68
b) Der Gewerbebegriff in anderen Gesetzen und seine Übertrag- barkeit auf das Börsengesetz	70
II. Auslandsgeschäfte	73

Dritter Abschnitt: Informationspflichten bei Börsentermingeschäften

§ 6 <i>Allgemeine Informationspflichten</i>	75
I. Arten	75
II. Grundlagen	76
1. Unzureichende gesetzliche Berücksichtigung von möglichen Informationsdefiziten	76
2. Vertrag	77
a) Auskunft/Beratung als Hauptpflicht	77
b) Auskunft/Beratung als Nebenpflicht	79
3. Gesetzliche Schuldverhältnisse	79
a) Vertragsähnliche Beziehungen/Geschäftlicher Kontakt ...	79
b) „Absolute Pflichten“	81
4. Zusammenfassung	82
III. Voraussetzungen und Umfang	83
1. Einfluß von individuellen Faktoren der Parteien	83
2. Einfluß von individuellen Faktoren des Geschäftes	87
3. Fortdauer nach Geschäftsabschluß	88
IV. Inhalt bei Börsentermingeschäften	88
1. Aufklärungspflichten	89
a) Grundlagen des Geschäftes	89
b) Aufschläge und Gebühren	90
c) Risikoaufklärung	91
2. Beratungspflichten	93
3. Organisationspflichten	93
V. Form	94
VI. Haftung	95
1. Haftungsgrundlagen	95
2. Verschulden	95
3. Beweislast	97
4. Haftungsbeschränkung	97
5. Verjährung	98
6. Differenzeinwand	99
§ 7 <i>Informationspflichten nach dem Börsengesetz</i>	100
I. Inhalt der Information	100
1. Die Regelung in § 53 II BörsG	100
a) Wörtliche Wiedergabe des Gesetzestextes?	100
b) Die zu erläuternden Risiken	103
2. Verhältnis zwischen Informationspflicht und konkreten Risiken des Geschäftes	105

3.	Verhältnis zwischen Informationspflicht und konkreten Kenntnissen des Anlegers	107
4.	Berücksichtigung des „Empfängerhorizontes“	109
II.	Form der Information	111
1.	Unterrichtungsvorgang	111
2.	Schriftform	112
3.	Regelmäßige Wiederholung	113
4.	Kein Bezug zwischen Information und Geschäftsabschluß	114
5.	Zulässigkeit der Information durch Dritte	115
III.	Rechtsfolgen bei unzureichender Information	117
1.	Grundsatz der Unverbindlichkeit	117
2.	Ausnahmen von der Unverbindlichkeit	118
a)	Erfüllung	118
aa)	Vorauserefüllung	119
bb)	Erfüllung im Kontokorrent	120
b)	Aufrechnung	120
3.	Einwendungen gegen die Unverbindlichkeit	121
§ 8	<i>Verhältnis des § 53 II BörsG zu den allgemeinen Informationspflichten</i>	125
I.	Unterschiede in Inhalt und Umfang	125
II.	Verdrängung der allgemeinen Informationspflichten?	126
III.	Zusammenwirken der verschiedenen Informationen	127
§ 9	<i>Informationsmodell und Stellvertretung</i>	128
I.	Börsentermingeschäfte im Rahmen allgemeiner Vollmachten	128
1.	General- und Gattungsvollmachten	128
2.	Bankvollmacht	129
3.	Kaufmännische Vollmachten	130
II.	Die Anwendung des § 53 BörsG bei Auftreten eines Stellvertreters	130
1.	Stellvertretung bei der Erlangung der Termingeschäftsfähigkeit	131
2.	Stellvertretung beim Abschluß von Börsentermingeschäften	132
III.	Anwendung von § 60 BörsG auf die Vollmachtserteilung	134
§ 10	<i>Rechtspolitische Betrachtung des Informationsmodelles</i>	136
§ 11	<i>Ergebnisse</i>	140
	Literaturverzeichnis	143
	Sachwortverzeichnis	148